

[SAPMO-BArch DY 30/vorl. SED 26715  
Horst Schmitt an Herbert Häber, 15.10.1976  
Abschrift]

Lieber Herbert!

Bedauerlicher Weise muß ich Dich nochmals über etwas informieren, das die Beschäftigten bei der Reichsbahn in Westberlin betrifft, sicher guten Absichten entspringt, aber unseren Genossen in der Reichsbahn und allen dort Beschäftigten wie ein Schildbürgerstreich anmuten muß.

Es geht um folgendes:

Ab 1.11.76 treten wieder eine Reihe neuer sozialpolitischer Maßnahmen in obengenannten Betrieben in Kraft, die im Prinzip sehr begrüßt werden. So wird eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um netto DM 50.-- für alle wirksam, die Lehrlingsvergütung wird erhöht und bestimmte, vom IX. Parteitag für die DDR beschlossene sozialpolitische Verbesserungen, wie Haushaltstag für Frauen über 40 Jahre, verlängerter Schwangerschaftsurlaub usw., finden Anwendung.

Das alles ist hervorragend und wird allgemein begrüßt. Doch dann kommt der Pferdefuß. Wir wurden davon unterrichtet, daß zugleich auch die Erhöhung des Kindergeldes pro Kind um DM 10.-- verkündet worden ist. Nun muß man dazu wissen, daß in Westberlin das Kindergeld gesetzlich geregelt ist und es jeder Beschäftigte – auch die Eisenbahner – über das Landesarbeitsamt aus der Staatskasse erhält. Zahlt ein Betrieb oder eine Verwaltung von sich aus Kindergeld, so wird das auf das staatliche Kindergeld angerechnet und dieses entsprechend reduziert.

Konkret bedeutet das, daß die jetzt gewährte zusätzliche Kindergeldzulage von DM 10.-- pro Kind für die Eisenbahner selbst keinerlei Vorteil bringt, da dieser Betrag sofort vom staatlich gewährten Kindergeld abgesetzt wird. Oder, um es noch deutlicher zu sagen, die DDR entlastet mit dieser Maßnahme lediglich den Senat, der pro Eisenbahnerkind ab November diese DM 10.-- einspart. Eine solche Maßnahme mutet angesichts der Kampagne für eine Beteiligung des Senats an den Unkosten des Westberliner Nahverkehrsmittels S-Bahn wirklich wie ein Schildbürgerstreich an, hat – wie Du Dir vorstellen kannst – bei den Eisenbahnern zu vielen bissigen Kommentaren geführt und natürlich die Wirksamkeit der überwiegend guten und positiven Verbesserungen wesentlich gemildert. Außerdem wird natürlich gesagt, daß, wer solche Regelungen trifft, entweder keine Ahnung von den Verhältnissen in Westberlin hat oder der DDR Schaden zufügen will, denn hier werden Devisen sinnlos herausgeworfen und nur der Senat hat einen Vorteil davon. Und natürlich kriegen auch wir als Parteiführung unser Fett dabei ab.

Wir sind lediglich Dienstag nachmittag vor die vollendete Tatsache gestellt worden, daß diese Entscheidung gefallen ist und am Mittwoch früh vor den Leitern der Dienststellen und den Parteisekretären verkündet wird.

Ein gestern von mir mit dem für die FDGB-Arbeit in Westberlin verantwortlichen Genossen Perleberg geführtes Gespräch ergab, daß diese Genossen angeblich rechtzeitig auf die Frage des Kindergeldes hingewiesen haben und die Festlegung gegen ihren Widerstand von den verantwortlichen Stellen getroffen worden ist. Natürlich will ich mir kein Urteil anmaßen, aber eins steht fest, zumindest hat eine völlige Sachunkenntnis der Entscheidung in diesem Punkt zugrunde gelegen.

Wir bedauern es sehr, daß eine insgesamt so positive Regelung nunmehr durch einen ersten Fehler diskreditiert worden ist, dem Ansehen der DDR in der Glaubhaftigkeit der

Argumentation in bezug auf das steigende Defizit bei der S-Bahn ein schwerer Schlag versetzt wurde.

Sicher hätte das vermieden werden können, wenn wir rechtzeitig vor Entscheidungsfestlegung konsultiert worden wären.

Offen gesagt weiß ich nicht, wie man das jetzt noch korrigieren kann.

Natürlich ist bis 1.11. noch etwas Zeit und unverantwortlich erscheint es mir auf jeden Fall, dem Senat dieses Kindergeld sozusagen in den Rachen zu werfen. Ich weiß nicht, um welchen Betrag es geht – aber wie auch immer, lächerlich haben die in der Reichsbahn für die Sache Verantwortlichen sich und uns alle auf jeden Fall gemacht.

Man sollte vielleicht doch überprüfen, ob man die Kindergeldregelung nicht wieder aufheben kann und die frei werdenden Mittel anderweitig verwendet. Wir wären dankbar, über die Angelegenheit abschließend direkt etwas von Euch zu hören.

Mit besten Grüßen  
[Unterschrift Horst Schmitt]  
(Horst Schmitt)